

Firmen beschäftigen zu wenig Behinderte

Nicht einmal jedes vierte Unternehmen erfüllt seine Pflicht, Menschen mit Behinderungen einzustellen

WIEN (SN-par). Menschen mit Behinderungen haben es schwer, einen Job zu finden. Vor allem, weil ihnen nicht ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, obwohl die Unternehmen diese gesetzlich anbieten müssten. Dies gilt nicht nur für den staatlichen und halböffentlichen Bereich und viele Kirchen (SN vom Dienstag), sondern auch für die Privatwirtschaft.

Wie die aktuellsten Zahlen des Sozialministeriums aus dem Jahr 2006 beweisen, kommen lediglich 23 Prozent der insgesamt 15.875 Betriebe mit mehr als 25 Mitarbei-

tern in Österreich ihrer Einstellungspflicht nach dem Behinderteneinstellungsgesetz (ein Behinderter pro 25 Arbeitnehmer) vollständig nach. Die übrigen 12.196 Unternehmen erfüllen ihre Quote nicht und zahlen stattdessen die Ausgleichstaxe in Höhe von 213 Euro für jeden fehlenden Behindertenarbeitsplatz.

Die grüne Behindertensprecherin Theresia Haidlmayr wundert das nicht. „200 Euro sind ja nichts, weil sie der Unternehmer auch noch steuerlich absetzen kann“, sagt sie im SN-Gespräch. Sie plä-

diert dafür, die Ausgleichstaxe auf zumindest ein Monatsgehalt inklusive Lohnnebenkosten anzuheben. „Nur bei einem Nullsummenspiel werden sich das die Unternehmer überlegen, wenn es genauso viel kostet, egal, ob Menschen mit Behinderungen eingestellt werden oder nicht“, meint Haidlmayr.

Auch der frühere Sozialminister und heutige Behindertenanwalt Herbert Haupt vertritt diese Ansicht. Er verweist auf die skandinavischen Länder, wo empfindliche Ausgleichszahlungen schon lange auf der Tagesordnung stehen. „Zu-

mindest auf 30 bis 50 Prozent des Monatslohns sollte man die Ausgleichstaxe in Österreich anheben“, sagt Haupt. Ihn ärgert vor allem, dass die dreijährige Integrationsbeihilfe, bei der der Dienstgeber für die Einstellung eines behinderten Menschen einen Zuschuss zu den Lohnkosten erhält, nicht verlängert wird. „Danach sind viele behinderte Menschen ihren Job wieder losgeworden“, sagt der Behindertenanwalt.

Ab 2. Juni startet nun ein eigener Unternehmensservice zur Behinderteneinstellung.

Servicehotline: 0800/221 774